

Die Erde ist eine Scheibe

Koalitionsverhandlungen: „Nervöse Grüne“, FR-Meinung vom 22.11.

Im Grunde sollte es selbstverständlich sein, dass die Grenzen der eigenen Freiheit da aufhören, wo die Freiheit oder gar die Gesundheit anderer bedroht ist. Natürlich trifft das auch auf eine Krankheit wie Corona zu. Was mich aber stark umtreibt ist die Tatsache, dass diese Grenzen bei den meisten anderen Themen schlicht ignoriert werden.

Beispiel Tempolimit. Es ist klar, dass der Verzicht auf ein Tempolimit auf Autobahnen, also die Freiheit der unbegrenzten Geschwindigkeit, die Freiheit und das Leben anderer deutlich einschränkt. Noch schlimmer ist das bei dem Thema Tempo 30 innerorts. In Frankreich hat man festgelegt, dass die Zahl der Unfälle dadurch um 70 Prozent gefallen ist seit Tempo 30. Das ist schon eine Hausnummer, oder? Beides wird von den Verantwortlichen konsequent abgelehnt, obwohl es eine praktisch völlig kostenlose Maßnahme ist, die Leben und Gesundheit schützt. Warum tut man das?

Zurück zu Corona. Es ist klar, dass unser Gesundheitssystem mit solchen Notlagen überfordert ist. Warum wird noch nicht einmal darüber nachgedacht, daran etwas zu ändern? Man hält weiter fest daran, dass Geld aus dem Gesundheitssystem in private Taschen gelenkt wird. Will man die nächste Pandemie auf ähnliche Art aussitzen? Warum nimmt man kein Geld in die Hand, und zwar sofort, um den Zustand im Gesundheitswesen schnellstmöglich zu verbessern? Im Gegenteil, auch jetzt hört man Stimmen, die weitere Reduktionen fordern, weil irgendetwas nicht effizient ist.

Gesundheit marktwirtschaftlich zu betrachten ist ein Verbrechen an den Menschen, genauso wie das benötigte Geld nicht auch da zu holen, wo es liegt. Ja, Herr Lindner, damit meine ich Sie und Ihre Partei der freien Fahrt und der Steuervermeidung. Was diese Partei tut, ist in meinem Augen nicht weniger ignorant und egoistisch als Coronaleugner oder Querdenker. Der trotz aller Erfahrung mit dem Kapitalismus noch immer herrschende Glaube, der Markt würde alles regeln, ist nicht anders als das Leugnen des Corona-Virus oder die Behauptung, die Erde sei eine Scheibe. Stefan Plock, Ober-Ramstadt

FR ERLEBEN

Jens Joachim diskutiert im Rahmen des Philosophisch-theologischen Salons über das Thema Bioökonomie: „Gelingt ein neues Verhältnis zur Natur als Nahrungsquelle für alle, ohne sie zu zerstören?“ Mit Felix Prinz zu Löwenstein (Ökologisches Hofgut Habitzheim), Roland Lentz (Innovationscoach) und Franz Grubauer (Evangelische Stadtakademie). Info: ev-akademie-darmstadt.de.

Donnerstag, 25. November, 18.30 Uhr
Pauluskirche, Niedergallweg 20, Darmstadt



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:
 Bronski
 Frankfurter Rundschau
 60266 Frankfurt am Main

Faxen Sie an:
 069 / 2199-3666

Mailen Sie an:
 Bronski@fr.de oder
 Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums wurden auch online im FR-Blog veröffentlicht, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie hier: frblog.de/lf-20211122

Wird der Markt uns jetzt richten?

FDP: „Umverteilung hat nichts mit Gerechtigkeit zu tun“, FR-Politik vom 19. November

Manche Vermögende könnten sehr weinen

Lukas Köhler (FDP) versteht sein politisches Handwerk. Das muss man ihm lassen: aalglatt, hat auf alles eine Antwort, nur ist die aber eigentlich nichtssagend und weicht den konkreten Problemen unserer Zeit aus. Hauptsache: Freie Fahrt für freie Bürger und mit 200 Sachen in die Klimakatastrophe, um es mal symbolisch auszudrücken. Der Markt wird es schon richten! Bloß nicht zu viel Staat. Das Kapital muss frei agieren können. Bloß keine Umverteilung, sprich Steuergerechtigkeit, sonst könnten ja einige sehr Vermögende weinen, weil sie etwas abgeben müssten. Aber was haben der Markt und ein Staat, der auf ihn setzt, bisher gerichtet? Soziale Chancengleichheit? Soziale Gerechtigkeit? Bildungsgerechtigkeit? Für jeden eine bezahlbare Wohnung? Kein Prekariat und keine Kinderarmut? Eine Landwirtschaft ohne Antibiotika und Pestizide? Eine Begrenzung der Erderwärmung? Wirksame Maßnahmen gegen die Klimakatastrophe?

Jetzt ist die FDP am Zuge. Wird sie es richten? Für wen? Oder wird der Markt uns letztlich richten?

Heike Kuntze-Engemann,
 Seeheim-Jugenheim

Das soziale Versprechen der Marktradikalen

Das aufschlussreiche Interview von Bascha Mika mit Lukas Köhler ließ bei mir die Frage entstehen, wie die FDP mit solchen Aussagen vor einer politisch interessierten Öffentlichkeit eigentlich bestehen kann. Zwei Beispiele:

Der schlanke und starke Staat: Die FDP kann Krisen im Kapitalismus nicht leugnen. So kann man im Erfahrungshorizont eines 35-Jährigen die Kenntnis der Krise aus dem Jahre 2008 wohl voraussetzen. Die zeigte, dass der Staat nicht mehr nur schlank (war das doch das Mantra der Liberalen vor der Finanzkrise) sondern vor allem stark sein muss. Das wirft Fragen auf. In den 60ern war Twiggy schlank und Muhammad Ali stark, um nur ein Beispiel zu nennen. Es wäre niemand auf die Idee gekommen, beide in einer Figur zusammenzufassen, und auch heute ist ein solches Ansinnen nur lächerlich. Mir kommt es so vor, als fordere man starke Regeln für die ökonomische Praxis, die aufgrund der Ausgezeichnetheit des Staates kaum durchgesetzt werden können.

Zweitens: Bildung als Voraussetzung für den sozialen Aufstieg. Herr Köhler sagt: „Gerechtigkeit entsteht, wenn Sie ihr Leben nach eigenen Vorstellungen gestalten können und die Voraussetzungen dafür bekommen. Umverteilung hat aus unserer Sicht nichts mit Gerechtigkeit zu tun.“ Die Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums hat nach ihm also keinen Einfluss auf Gerechtigkeit, die Umverteilung von Bildungszugängen und -chancen aber sehr wohl. Doch tatsächlich wird hier von einer Ursächlichkeit gesprochen, die sich heute gesamtgesellschaftlich nur noch sehr bedingt nachweisen lässt. Da muss es dann reichen das „soziale Aufstiegsversprechen“ zu erneuern, wie Herr Köhler ausführt. Für die FDP ist ein solches Versprechen ausreichend sozial. Er sollte aber schon den Unterschied kennen, der zwischen dem Versprechen auf

einen sozialen Aufstieg und einem als sozial bezeichneten Versprechen besteht. Was aber in beiden Fällen vermieden werden kann: Kosten für die Wirtschaft – Versprechen, egal welche, kosten bekanntlich nichts.

Gerhard Bruckmann, Darmstadt

Freiburger Thesen – quo vadis?

Bascha Mika hat im Interview mit Lukas Köhler (FDP) die richtigen Fragen gestellt. Bis 1982 war ich ein sehr aktives Mitglied der FDP, sollte in Bremen sogar den Wahlkampf organisieren. Aber nach dem Tod des Generalsekretärs Karl-Hermann Flach 1973 kam unmerklich die Wende von oben, die 1982 zum Sturz der Regierung Helmut Schmidt führte ohne dass die Mitglieder vorher befragt wurden. Graf Lambsdorff & Co. warfen die fortschrittlichen Freiburger Thesen auf den Müllhaufen der Gesellschaft. Die waren nicht nur sozialliberal, sondern hatten auch erstmalig für eine bundesdeutsche Partei Umweltschutz zum Thema. Bei einer Fortschreibung wäre es nie zur Gründung der Grünen gekommen. Turbokapitalismus ist seitdem das Markenzeichen der FDP. Auch der studierte Nachwuchspolitiker Lukas Köhler hat mit seinen wohlgesetzten Worten im Interview verdeutlicht, dass sich an dieser Haltung nichts geändert hat. Die FDP war und ist seit 1982 die Partei der Besserverdienenden. Wie die SPD und die Grünen mit diesen Wirtschaftshörigen z.B. nachhaltige Sozial- und Umweltpolitik machen wollen, ist mir ein Rätsel. Reiner Hausbalk, Eppstein

Diskussion: frblog.de/koehler-2

Eine lebenswerte Zukunft für viele Generationen

Klimagipfel: „Das reicht nicht“ und „Auf den letzten Drücker“, FR-Titel und -Tagesthema vom 15. November

Umdenken ohne Vorbilder

Der Klimagipfel in Glasgow ist vorbei, die Regierungsvertreter sind zu Hause. Was jetzt zu tun bleibt, ist die Erstellung eines Lehrplans für alle Bürger ihrer Staaten, der ihnen ehrlich sagt, was Wachstum in den kommenden Jahren bedeuten muss. Weniger muss nicht Verzicht und Mangel sein, sondern ist Gewinn und Zuwachs an anderer Stelle. Wohlstand, Zufriedenheit und Sicherheit der Existenz müssen mit einem anderen, neu zu schaffenden Maßstab definiert werden. Es braucht ein Lernen in Selbsterfahrung, wie es sich anfühlt, nur noch für die Natur förderlich zu handeln und schädigendes Tun zu unterlassen. Könnten wir jährlich um fünf Prozent die alltägliche groteske Paradoxie der autogerechten Immobilität reduzieren, in gleichem Maße eine klimaneutrale Fortbewegung steigern und die naturschädigenden Einflüsse unserer Lebenshaltung um diesen Faktor verringern, ergäbe sich für alle ein un-

vermutetes reales Wachstum an Lebenszufriedenheit. Für solch eine mutige, engagierte politische Agenda des Umlernens gibt es bisher keine Vorbilder.

Ein Modell der globalen friedlichen Koexistenz zwischen den Geschlechtern, mit der Natur, zwischen uns und den anderen, der Versöhnung von Ökonomie und Ökologie muss geschaffen werden. Die letzten 150 Jahre stehen wir mit dem dominierenden westlichen Wohlstandsmodell unter dem Einfluss der Interessen der Produzenten und Förderländer fossiler Energieträger, wie die Anzahl der Lobbyvertreter in Glasgow gerade aktuell zeigt. Dadurch wurde einer Mehrheit der Völker dieser Erde die Chance auf eine eigene unabhängige Entwicklung genommen. Nach Jahren friedlichen Zusammenlebens können wir aber wissen, was unverzichtbar ist für das Gelingen menschlicher Koexistenz. Jeder Mensch braucht zur Entfaltung seines Potenzials freien Zugang zu Bildungsangeboten, gesunde Ökologie als Lebensraum und idealerweise demokratische Strukturen

gesellschaftlicher Teilhabe. Diese Dinge sind nicht kostenlos und auch nicht verkäuflich. Lebensglück hat keine Währung. Die Investitionen in diese drei Bereiche haben am Ende aber die höchste Rendite. Sie schaffen eine lebenswerte Zukunft.

Peter Hartwig, Ginsheim-Gustavsburg

Schon lange nicht mehr fünf Minuten vor Zwölf

Methan ist ein Gas, neben CO₂ und anderen Gasen, das in der Atmosphäre zum Klimawandel beiträgt. Es soll ungefähr 28-mal so schädlich sein wie CO₂. Es entsteht auch in Reisfeldern oder in Verdauungsprozessen von Schafen und Kühen. Das Methan, das durch die weltweiten Reisfelder gebildet wird, mache 20 Prozent der schädlichen Umweltgase aus. Diese beiden Gase sind die Hauptursache des Klimawandels.

In Paris hat ein UN-Gremium vor einigen Jahren beschlossen, die Erderwärmung sollte auf 1,5 Grad Celsius begrenzt werden. Forscher waren erschrocken, dass ihre pessimistischsten Vorhersa-

gen aktuell schon übertroffen sind. Arktis, Grönland, Antarktis, Gletscher in allen Hochgebirgen der Welt und Permafrostböden sind erheblich schneller geschmolzen als befürchtet. Aus den aufgetauten Böden in Sibirien strömt unaufhaltsam Methan. Selbst wenn alle Staaten beschließen würden, ab morgen keine Treibhausgase mehr in die Atmosphäre zu lassen, kann man das jetzt freigesetzte CO₂ und Methan nicht daran hindern, die Temperatur weiter aufzuheizen. Es ist schon lange nicht mehr fünf Minuten vor Zwölf, es ist mindestens 15 Minuten nach Drei. Der Klimawandel ist unumkehrbar.

Die Bundesrepublik wird sich wohl nicht am Kampf gegen den Klimawandel beteiligen, wenn schon jetzt die Ampelkoalition sich noch nicht mal auf ein Tempolimit von 130 Stundenkilometer auf Autobahnen einigen kann. Diese Maßnahme würde überhaupt keine Kosten verursachen, außer für ein paar neue Schilder.

Wolfgang Seelig, Dietzenbach

Diskussion: frblog.de/glasgow